

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 28 (1949)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Entstehung und Wesen der SED  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336241>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

begünstigten Teile der Sowjetunion den weniger begünstigten in ihrer Entwicklung geholfen haben». Werden die Kolonialmächte den unterernährten Völkern in der Bekämpfung des Hungers behilflich sein oder werden strategische Gesichtspunkte, wie die Heranziehung des afrikanischen Kontinents als Truppenlieferant für die Atlantikpaktmächte (siehe «NZZ», Nr. 2408) größeres Gewicht haben als die Menschwerdung der Asiaten und Afrikaner?

Ob die Arbeiterregierung Englands radikaler vorgehen kann oder will, falls sie, wie wir hoffen, ein zweites Mal vom Volk gewählt wird, bleibt abzuwarten. Aber die Völker Asiens, die Völker Afrikas werden nicht lange so geduldig bleiben wie bis anhin. Sie werden ein menschenwürdiges Dasein für sich und ihre Kinder verlangen. Wie helfen wir Sozialisten?

N. N.

## *Entstehung und Wesen der SED*

Die ganze tragisch verwickelte Geschichte Nachkriegsdeutschlands spiegelt sich in der Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wider. Das Spiel der Großmächte sowohl als auch das Spiel der deutschen Gruppen und Parteien, die aus den Gegensätzen der Großen ihren eigenen Profit, den Zukunftsprofit für ein kommendes, nicht mehr besetztes Deutschland zu ziehen versuchen.

Der erste sowjetische Oberkommandierende, Marschall Schukow, ermöglichte durch seinen Befehl Nummer 4 die Organisierung politischer Parteien in seinem Befehlsbereich, früher als das in den Befehlsbereichen der übrigen alliierten Oberkommandanten der Fall war. Später haben sowjetische Politiker diese Zulassung politischer Parteien selbst als voreilig bezeichnet, allerdings immer nur unter vier Augen, und wenn sie sehr offenherzig waren, begründeten sie Schukows mit Zustimmung Moskaus erlassenen Befehl mit der Notwendigkeit, zwischen sich und den Okkupierten einen Vermittler zu haben. Erst als die Russen in den deutschen Städten standen und die deutsche Bevölkerung vor sich hatten, die sich so ganz anders benahm, als man nach den Schilderungen der deutschen Emigranten angenommen hatte, empfand man die ganze Fremdheit und Andersartigkeit der die Rote Armee umgebenden deutschen Massen. Jeder britische, amerikanische, französische Offizier oder Funktionär hatte es leichter, sich mit den Deutschen zu verständigen

und die deutschen Einrichtungen zu verstehen. Den Russen war alles fremd. Sie konnten sich zunächst auch mit den Kommunisten nur schwer verstehen. Der Prozentsatz der Deutsch sprechenden Russen war hoch, die schwierige Verständigung war kein sprachliches Problem. Sie bestand vor allem darin, das deutsche Lebensniveau zu begreifen. Die Selbstverständlichkeit von Badezimmern, von guten Wohnungseinrichtungen, von vollen Kleiderschränken nach jahrelangem Krieg verblüffte die Russen ebenso wie der Mangel an aufrichtigem und echtem Haß gegen den Nazismus. Bald kam dazu, daß der einzige aufrichtige Haß, den sie bei den Massen der Deutschen feststellen konnten, ihnen selbst galt. Und da die sowjetische Führung zunächst und vor allem politisch denkt und dadurch zu einer Überschätzung alles Politischen kommt, dachte sie mit der Zulassung zwei Erfolge erzielen zu können: erstens, zwischen sich und den deutschen Massen einen ehrlichen Vermittler zu gewinnen, und zweitens: den Deutschen gegenüber eine versöhnliche Geste zu tun, die direkt an die Agitation des Freideutschen Moskauer Komitees aus der Kriegszeit anknüpfte.

Die Sowjets stellten den zentralen Parteileitungen, die sich konstituierten, sowie jeder einzelnen Ortsgruppe zwei Bedingungen: daß sie antifaschistisch und daß sie demokratisch zu sein hätten. Beides Worte, die sehr verschiedene Inhalte und Begriffe decken. Um so eher konnten die neuen deutschen Parteien hierauf eingehen. Nach dem ersten sowjetischen Plan sollten drei Parteien zugelassen werden: 1. eine Partei der ehemaligen religiösen Opposition gegen Hitler, 2. eine Partei der ehemaligen bürgerlich-demokratischen Opposition gegen Hitler und 3. eine einheitliche Partei der Arbeiterbewegung. Schon in der Vorbereitungszeit von Schukows Befehl, noch als zwischen seinen politischen Beratern und den Moskauer zentralen Ämtern und dem Zentralkomitee der bolschewistischen Partei über die Frage der deutschen Parteien beraten wurde, war es den Russen klar, daß in den Befehlsbereichen der übrigen Oberkommandanten die Kommunisten eine kleine und die Sozialdemokraten eine große Rolle spielen würden. Die Russen hatten mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Gewerkschaften studiert, die die westlichen Alliierten in einzelnen Städten, zum Beispiel in Aachen, erlaubt hatten. Aus ihrem sorgfältigen Studium zogen sie als Kenner der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung den Schluß, daß für die Politik in der eigenen Zone zunächst eine Zweiteilung der Arbeiterbewegung in Kommunisten und Sozialdemokraten nur von Vorteil sein werde. Sie rechneten damit, daß trotz der beschlossenen Teilung Deutschlands in Zonen die Tradition einer gesamtdeutschen Sozialdemokratie ihre alte Stärke behalten habe und daß, wenn auch formal eine Gesamtsozialdemokratie nicht errichtbar sein werde, die

einzelnen Zonensozialdemokraten nach einem einheitlichen Programm und nach einheitlichen Formen der Organisation und Taktik streben würden. Unter solchen Voraussetzungen, rechneten die Sowjetpolitiker, würde es nur gut sein, wenn sie durch die Sozialdemokratie in ihrer Zone, die sie als Besatzungsmacht fest in ihrer Hand haben könnten, Einfluß gewinnen würden auf die Gestaltung der sozialdemokratischen Parteien in den übrigen drei Zonen. Zu dieser Erwägung kam noch eine zweite: die sowjetischen Politiker rechneten mit schwierigen Situationen auf der ersten alliierten Konferenz nach der deutschen Kapitulation. Sie wollten die Haupttraktanden auf dieser ersten Konferenz, die Aktivierung der Beschlüsse über Zoneneinteilung, Kontrollrat, gemeinsame Grundlinien der deutschen Politik, Ostgrenze Deutschlands und Bevölkerungstransfer aus Polen und der Tschechoslowakei nicht durch eine so kleine Frage wie die Nichtzulassung der Sozialdemokratie in der Sowjetzone komplizieren. Die Potsdamer Konferenz ging dann wesentlich besser, als man in Moskau erwartet hatte, wobei gewiß die Zurückhaltung der Sowjetpolitik in einzelnen Problemen, auch in der Frage der politischen Parteien, eine gewisse Rolle gespielt hatte.

So kam es zur Zulassung von zwei Arbeiterparteien in der Sowjetzone, der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei. Kaum daß das organisatorische Gerippe der beiden Parteien aufgebaut war, zeigten sich zwei überaus wichtige Tatsachen. Der durchschnittliche Deutsche in der Sowjetzone hatte Angst vor den Russen, was nicht verhindert, daß er gleichzeitig Hohn und Verachtung für sie hat und daß er mit dem alten, von Goebbels gezüchteten Hochmut auf sie herunterblickt. Aus dem mächtigen Gefühl der Angst heraus waren die Deutschen sehr zurückhaltend in ihrer Teilnahme an Parteien, die sich nicht ganz mit der Besatzungsmacht deckten. Die Begründer der sozialdemokratischen Ortsgruppen in der Sowjetzone waren in ihrer überwiegenden Mehrheit vorhitlerische Sozialdemokraten. Die Jugend kam nicht oder nur in sehr kleiner Zahl. Nahezu in jeder Ortsgruppe gab es von Anfang an Strömungen, die für die sofortige Vereinigung mit der Kommunistischen Partei eintraten. Das Schlagwort von der Einheit der Arbeitermassen hat immer und überall eine je nach der politischen Situation steigende oder sinkende Anziehungskraft. In der Sowjetzone, in der man in den ersten Okkupationsmonaten nur wenig wußte, was in der Welt vorging, und wo Besatzungsmacht und Agitatoren vom Aufstieg des Sozialismus sprachen, wo selbst die neue Christlichdemokratische Union sehr wenig gegen die Sozialisierung einzuwenden hatte und wo die Liberaldemokraten ihre sanfte Opposition in die vorsichtigsten Formen kleideten, mußte also die Arbeitereinheit als die von der Situation gegebene und sofort durchzuführende Maßregel er-

scheinen. Die sowjetischen Okkupationsbehörden aber waren bis in den Dezember 1945 sehr vorsichtig, sie entmutigten die sozialdemokratischen Befürworter der Einheit nicht, aber sie taten bis dahin auch nichts Besonderes, um sie zu stärken.

Die zweite wichtige Tatsache zeigte sich im Lager der Kommunisten. Sie erwiesen sich zahlenmäßig noch viel schwächer, als die Russen gerechnet hatten. Sie hatten unter dem Hitlerismus die stärksten Verluste von allen Oppositionellen gehabt, und die antirussische Stimmung wirkte sich voll gegen sie aus. Ihre Organisationen übten allerdings eine stärkere Anziehungskraft auf die Jugend aus. Dennoch waren sie schwach. Aber trotz ihrer Schwäche wirkten nahezu in jeder ihrer Ortsgruppen Strömungen *gegen* den Zusammenschluß mit den Sozialdemokraten; überall erhoben sich Stimmen, die vor der programmatischen Verwässerung warnten, die durch die Einheitspartei eintreten werde. Sie befürworteten gemeinsame Aktionen, Veranstaltungen, Diskussionen mit den Sozialdemokraten, was zu einer einheitlichen Ideologie führen könnte, aber sie stellten sich gegen die Parteienverschmelzung. Auch bei ihnen wirkte eine alte Haßpropaganda nach, die kommunistische Haßpropaganda gegen die Sozialdemokratie.

Den Russen war zunächst dieser Stand willkommen. Die Aktionsgemeinschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bot ihnen eine hinlänglich breite Basis zur Entwicklung ihrer Politik und reichlich Vermittlungsmöglichkeiten zwischen sich und den Okkupierten. Unter sowjetischem Einfluß hatten sich alle vier Parteien zum Block der antifaschistischen demokratischen Parteien zusammengeschlossen. Dieser Block und nicht die sowjetischen Behörden hatte nun den Deutschen die unausweichliche Fülle unpopulärer Maßnahmen nach dem verlorenen Krieg begreiflich zu machen. Die Sowjetbehörden entwickelten folgende Technik: sie setzten einzelne bei den Deutschen durchzusetzende Maßnahmen zunächst den kommunistischen Männern ihres Vertrauens auseinander, diese setzten die Maßnahmen zunächst in der eigenen Partei, dann in der Aktionsgemeinschaft der Arbeiterparteien durch, und die Aktionsgemeinschaft verhalf dann der Sache im Block der antifaschistischen demokratischen Parteien zur Annahme.

Hier sei vor moralischer Entrüstung über diese politischen Methoden gewarnt. Sie sind in den ersten Besetzungsmonaten, vielleicht feiner, taktvoller, sanfter und geschickter, auch in andern Zonen angewendet worden. Auf einem andern Blatte steht die Frage, wie weit das Verhalten der Deutschen selbst diese Taktiken notwendig gemacht hat.

Im Dezember 1945 begann die Kampagne für den Zusammenschluß der Arbeiterparteien stärker zu werden. Die gegen sie gerichtete offene kommu-

nistische Opposition begann zu verstummen, ein deutliches und nicht mißzuverstehendes Zeichen, daß die Okkupationsbehörden sich für die Verschmelzung der Arbeiterparteien entschieden hatten. Einzelne Strömungen gegen die Einheitspartei in sozialdemokratischen Ortsgruppen der Sowjetzone wurden bald unhörbar. Die nun einzig hörbare Opposition gegen die Verschmelzung kam aus den Westsektoren Berlins. Sie versuchte zunächst das Tempo der zur Parteiverschmelzung treibenden Richtungen zu verlangsamen, erst Schumachers Agitation machte aus der Verschmelzung eine prinzipielles Problem und führte dazu, daß die Berliner Sozialdemokraten grundsätzlich die einheitliche Arbeiterpartei ablehnten.

Aber hier muß eine warnende Bemerkung gemacht werden, die außerhalb Deutschlands schwer verständlich ist und die Menschen, die an normale politische Verhältnisse gewöhnt sind, nicht gerne hören. Es erschüttert sozusagen ihre ethischen Überzeugungen, weil es ihnen von einem Zynismus erzählt, der mit Demokratie und anständiger Politik überhaupt unvereinbar ist. Wer deutsche Erklärungen der ersten Besetzungsjahre – und zwar Erklärungen aller politischen Parteien – nach dem beurteilt, was sie wirklich enthalten und wer die Worte dieser Erklärungen wörtlich nimmt, begeht einen schicksalsschweren Irrtum. In den Monaten, da in Berlin die Agitation gegen und für die Verschmelzung der Arbeiterparteien auf das wütendste tobte, da alle vier Besetzungsmächte vorsichtig diese Diskussion zu beeinflussen suchten, sah für den durchschnittlichen Deutschen die Einheit der Alliierten immer noch wie eine ungestörte und gegebene Tatsache aus, mit der man sich abfinden mußte oder gegen die man kämpfen konnte. Der Kontrollrat verhandelte eben damals über zwei für die Zukunft Deutschlands höchst wichtige Probleme, das heißt sie waren wichtig, wenn es gelang, die Einheit der Alliierten aufrechtzuerhalten. Diese Probleme waren das Potential der künftigen Stahlproduktion Deutschlands und der künftige Friedensproduktionsplan Deutschlands. Es war den eingeweihten Deutschen klar, daß erst die Verwirklichung dieser beiden Beschlüsse die wirkliche Niederlage Deutschlands für lange kommende Jahre bedeuten werde.

In Berlin, wo sich die Politik von vier Besetzungsmächten überschnitt, hatten drei deutlich zu verstehen gegeben, daß sie die Verschmelzung der Arbeiterparteien nicht wünschten, und eine, die Russen, hatte brutal und deutlich gesagt, daß sie für die Verschmelzung der Parteien sei. Hier Partei zu ergreifen, war für die Berliner Politiker, und bald auch für die Politiker in ganz Deutschland, die gegebene Möglichkeit zu einem Versuch, die Einheit der Alliierten zu belasten oder gar zu stören. Es soll nicht bestritten werden, daß einzelne deutsche Politiker in ihrer Ablehnung der von den Russen ge-

wünschten Einheitspartei aus wirklich demokratischer Überzeugung handelten, aber es kann ebenso wenig bestritten werden, daß diese Politiker gleichzeitig genau wußten, daß ihr Auftreten vor allem die außenpolitische Wirkung einer Schwächung der alliierten Einheit haben werde. Aber schließlich und endlich muß kein deutscher Politiker von der Notwendigkeit der Einheit seiner Besieger überzeugt sein.

Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht ist schließlich die Verschmelzung der Arbeiterparteien in der Sowjetzone und die Begründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zustandegekommen. Die Sowjets waren sich dessen wohl bewußt, daß ihre offene und brutale Bemühung um die Verschmelzung der Arbeiterparteien sehr weitreichende Folgen in ihren Beziehungen zu den übrigen Alliierten haben werde. Dennoch haben sie sie bis Ende April 1946, da die Einheit formell von beiden Parteien beschlossen wurde, gesteigert, ihre eigene Zeitung hat sie offen propagiert, so allen Deutschen in der Zone deutlich machend: wer für die Verschmelzung eintritt, erfüllt einen Wunsch der Besatzungsmacht, was bestimmt auf alle Opportunisten Eindruck gemacht hat. Als im März 1946 Sozialdemokraten in Leipzig auf einer partiinternen Beratung ihre Zweifel an der Richtigkeit der Verschmelzung unter offenem sowjetischem Druck aussprachen, da damit von vornherein vor allen Deutschen die Identität der neuen Partei mit der Okkupationsmacht dargetan sei, wurden sie von russischem Militär verhaftet. Die Nachricht von dieser Verhaftung kam nicht in die Presse; aber das Netz der russischen Propagandaoffiziere sorgte dafür, daß die Nachricht von der Verhaftung überall hinkam, wo sich eine Laune zum Widerstand gegen die Verschmelzung zeigte. Und diese Laune war bis zur Durchführung der Vereinigung in beiden Lagern, bei Sozialdemokraten wie bei Kommunisten, vorhanden. Sogar unter den politischen Beratern des sowjetischen Oberkommandanten wurden warnende Stimmen laut, die erklärten, die Einheit der Alliierten sei wichtiger als die scheinbare, durch List und Gewalt erzwungene der beiden Arbeiterparteien in der Sowjetzone. Diese Warner beriefen sich auf eine gelegentliche Äußerung des damaligen britischen politischen Beraters Sir William Strang, der seine Verwunderung über das sowjetische Vorgehen in dieser Sache ausdrückte. Damals gab es unter den vier Alliierten noch gesellschaftliche Beziehungen, und die Sowjets waren, wollten sie über die Stimmung Bescheid wissen, nicht nur auf ihren Geheimapparat angewiesen. Und damals gab es unter den westlichen Alliierten noch gar manche hohe Offiziere und Funktionäre, die zu Kompromissen bereit waren, sofern es der Erhaltung der alliierten Einheit dienlich schien. All dieser Umstände waren sich die Russen wohl bewußt. Und dennoch drangen sie auf die Verschmelzung der

beiden Arbeiterparteien und brachten jede warnende Stimme zum Verstummen.

Wie läßt sich diese russische Haltung erklären? Die Sowjets hielten an ihrer Idee der Verschmelzung der beiden Parteien zunächst aus innerzonalen Gesichtspunkten fest. Alle Berichte der sowjetischen Nachrichtenoffiziere in der Sowjetzone stimmten in zwei Punkten überein: erstens darin, daß die Christlichdemokratische Union und die Liberaldemokratische Partei langsam und stetig an Boden gewannen; zweitens, daß in beiden Parteien die offziellen, das Vertrauen der Sowjets besitzenden Führer wenig Anhang hätten und daß überall Parteimänner, die sowohl gegen die Besetzungsmacht wie gegen die eigene Parteileitung in Opposition seien, an Einfluß zunähmen. Die Nachrichtenoffiziere berichteten aber auch über die Stimmung unter den Arbeitern. Übereinstimmend sagten diese Berichte, daß die Zahl der Arbeiter, die sich für Politik im allgemeinen und für Arbeiterpolitik im besondern interessierten, überaus klein sei, ja daß das Interesse ständig sinke. Die Arbeiter machten die Arbeiterparteien in erster Linie und die Besetzungsmacht in zweiter Linie für die niedrigen Löhne, die verzweifelte Lebensmittellage, den absoluten Mangel an Konsumgütern, die Wohnungsnot, die Übervölkerung durch die Flüchtlinge und für die Demontagen auf Reparationskonto verantwortlich; ein Bericht aus Halle zitierte Äußerungen aus Arbeiterkreisen, die besagten: «Von den Russen haben wir nichts erwartet, sie benehmen sich nicht anders, als sich eben Sieger benehmen; aber von Sozialdemokraten wie von Kommunisten haben wir erwartet, daß sie unsere und nicht die sowjetischen Interessen vertreten werden. Da benehmen sich CDU und LDP noch aufrechter.» Die Berichte unterstrichen auch die überall sich aufs neue zeigenden nationalistischen Ressentiments, die bis zum Chauvinismus gingen und erzählten, daß die Tafeln mit dem Stalinausspruch «Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt» immer wieder erneuert werden müßten, weil sie immer wieder verschwänden. Sie zitierten auch den Kommentar, daß, wenn Hitlers kommen und gehen, Hoffnung bestünde, daß bald wieder ein neuer Hitler komme. So lauteten die Berichte der Nachrichtenoffiziere aus Mecklenburg-Vorpommern, wo die Arbeiterparteien am schwächsten waren, und so lauteten sie aus dem traditionell roten Sachsen, wo die Arbeiterbewegung stark war und unter der Führung des überaus tüchtigen Friedrich stand, der das Vertrauen der Massen mehr als irgendein Arbeiterpolitiker in der Sowjetzone besaß.

Diese Berichte entsprachen der Wirklichkeit nahezu hundertprozentig; was ihnen zur absoluten Richtigkeit fehlte, war, daß sie eher zu rosig waren, das heißt, daß die Stimmung der gesamten Bevölkerung gegen die Besetzungs-

macht und gegen die Arbeiterparteien war, daß die Arbeiterparteien der Zahl wie dem geistigen Gehalt nach viel zu schwach waren, um die Stimmung der Bevölkerung beeinflussen zu können.

Auch in den westlichen Besetzungszenen war der Winter 1945/46 besonders schlecht, auch dort war die Stimmung der Deutschen nicht gut; dennoch war dort die Not nicht so groß wie in der sowjetischen Zone und dennoch war dort die Stimmung keine so absolut negative wie unter den Russen.

Unter diesen Umständen war die sowjetische Führung davon überzeugt, daß eine straff organisierte und initiative einheitliche Arbeiterpartei imstande sein werde, die Stimmung in der Sowjetzone zu wenden und durch die Durchführung der Bodenreform und der Sozialisierung langsam aber stetig die wirtschaftliche Lage zu bessern.

Darüber hinaus war die sowjetische Führung überzeugt, die Verschmelzung der Arbeiterparteien werde in den westlichen Besetzungszenen eine tiefe Wirkung ausüben. Auch in dieser Meinung wurde sie durch Berichte ihres Nachrichtendienstes bestärkt; diese waren nicht einheitlich. Die sowjetischen Offiziere, die in Westdeutschland in offiziellen Missionen tätig waren, meldeten im allgemeinen richtig, daß die Kommunisten in den westlichen Zonen schwach seien und wenig Aussicht hätten, wesentlich stärker zu werden. Aber die zivilen Nachrichtenquellen, über die die Russen verfügten, berichteten, daß die Unzufriedenheit der Arbeitermassen mit der sozialdemokratischen Parteiführung in ständigem Steigen begriffen sei und daß das Ruhrgebiet vor einer offenen Revolte stehe. Die Bevölkerung der französischen Zone sei mit ganz wenigen Ausnahmen von brennendem Haß gegen die Okkupanten erfüllt, und dort seien auch die Sozialdemokraten, denen die Besetzungsbehörden keine Beziehungen zu ihren Genossen in der britischen und amerikanischen Zone gestatteten, in geradezu revolutionärer Stimmung. Weiter, sagten diese zivilen Quellen, sei auch das demokratische Bürgertum mit dem langsam und milden Gang der in jeder Landschaft anders arbeitenden Denazifizierung unzufrieden, kurz, die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterbewegung werde in Westdeutschland aufpulvernd und als stimulierende Propaganda nicht nur für den Sozialismus, sondern vor allem für die Sowjetunion wirken. Diese Nachrichten waren gefährlich unrichtig, denn sie verwandelten Körnchen der Richtigkeit zu Bergen angeblicher Wahrheit. Die Nachrichtengeber – wie immer in diktatorischen Regimen – versuchten zu erraten, was die Träger der Macht und Auszahler der Honorare zu hören wünschen, und danach bogen sie die Wahrheit zurecht.

Zu diesen Berichten sowjetischer Nachrichtendienste kamen die Nachrichten, die den Russen von ihren deutschen Freunden gegeben wurden. Es ist

hier absichtlich und ohne jede Ironie das Wort «Freunde» gebraucht worden. Zur Erkenntnis der sowjetischen Politik in Deutschland ist es notwendig, das Verhältnis zu verstehen, das die Russen mit etlichen deutschen kommunistischen Politikern verbindet. Es ist richtig, daß der sowjetische Apparat zum durchschnittlichen Mitglied der SED oder KPD nicht mehr Vertrauen hat als zu jedem Nichtparteimitglied. Aber in jeder kommunistischen Partei haben die Russen einige Politiker, zu denen sie ein festes und freundschaftliches Vertrauen haben. In der SED sind es vor allem drei Männer, die die Russen als ihre Freunde betrachten, das sind Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, der Kronprinz der SED, und Fred Ölsner, der verhältnismäßig jung ist für die starke Position, die er in der Partei besitzt. Pieck und Ulbricht besitzen die sowjetische Staatsbürgerschaft und hohe sowjetische Orden, Piecks Sohn hat den Krieg als Sowjetoffizier mitgemacht und es bis zum Kapitän gebracht. Pieck war bei allen Reinigungen der KPD, in Deutschland wie in der Moskauer Emigration, die Hand Moskaus. Er hat immer die Moskauer Linie gehalten und nie ein Hehl daraus gemacht, daß für ihn der Erfolg und das Wohl der Sowjetunion wichtiger sind als alles andere auf der Welt, das Schicksal Deutschlands eingeschlossen. Ulbricht hat in sowjetischen Augen vor allem das eine große Verdienst, daß er in der Zeit vom Abschluß des sowjetisch-deutschen Paktes bis zum Überfall Hitlers auf die Sowjetunion die Moskauer Politik theoretisch begründet und verfochten hat. Er hat in der damals noch bestehenden Komintern alle westlichen Kommunisten, die diese Politik nicht mitmachten, mit besonderem Haß verfolgt. Fred Ölsner, der klüger ist als die beiden Erstgenannten, ist nach dem Kriege als Theoretiker der SED, der «Partei der neuen Typs», hervorgetreten. Diese drei Männer erstatteten, jeder separat und wahrscheinlich hat einer vom anderen gar nicht gewußt, Gutachten, die erklärten, die Durchsetzung der Einheit sei richtig. Durch die Einheitspartei werde es möglich sein, die Stimmung in der Ostzone zu wenden und an ihren wirtschaftlichen Aufbau heranzugehen. Überdies werde die Gründung der Einheitspartei im Osten die Entwicklung der Arbeiterbewegung im Westen entscheidend beeinflussen.

All das zusammen: die objektive Lage in der Sowjetzone und die dort herrschende schlechte Stimmung, die Berichte der Nachrichtenoffiziere aus dem Osten und Westen und schließlich die Gutachten führender Kommunisten der Sowjetzone bewogen die Russen dazu, an ihrer Politik der Durchsetzung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands festzuhalten.

Diese Politik hat wesentlich zur Schaffung der Gegensätze im Schoß der Alliierten beigetragen. Keine der westlichen Großmächte hat sich bei ihrer Politik so weit von rein zonalen vermeintlichen Notwendigkeiten leiten lassen

wie die sowjetische bei ihrem Entschluß, die SED zu schaffen. Und wahrscheinlich hat auch keine andere Großmacht einen weittragenden politischen Entschluß auf Grund so schlechten, unverläßlich kommentierten und tendenziös entstellten Nachrichtenmaterials gefällt.

Ehe die Gründung der SED Ende April 1946 zur Tatsache wurde, arbeiteten führende KPD-Leute mit Sowjetfunktionären mehrere Pläne aus; sie enthielten den Organisationsplan der SED, der vor allem den Grundsatz der Parität festsetzte, das heißt, daß in der neuen Partei jede wichtige Funktion von zwei Personen, und zwar von einem ehemaligen Sozialdemokraten und von einem ehemaligen Kommunisten besetzt werden solle. Bereits vor der Gründung der neuen Partei wurde *in camera caritatis* festgestellt, daß die Parität in spätestens drei Jahren zugunsten der Kommunisten zu fallen habe. Die Parität ist auf der Parteikonferenz der SED, Ende 1949, zu Fall gebracht worden. Und zwar von dem ehemaligen Sozialdemokraten Grotewohl.

Ferner wurde ein Plan zur «Reinigung» der ostzonalen CDU und LDP ausgearbeitet. Dieser Plan sah bereits damals die Schaffung von Vertretungskörperschaften vor, die der SED die Möglichkeit geben würde, die CDU und die LDP zur Mitarbeit heranzuziehen. Diese Vertretungskörperschaften sollten in zonalem Rahmen gehalten sein; eine sollte mehr demonstrativen Zweck haben, und hier sollten CDU und LDP besonders mitarbeiten; die andere sollte zum obersten Verwaltungsorgan der Zone werden; in ihr sollten einzelne Nicht-SED-Leute zugelassen sein, im wesentlichen sollte sie zur Domäne der SED werden. Beide Vertretungskörperschaften sind inzwischen verwirklicht worden. Der erstgenannten Körperschaft entspricht der *Deutsche Volksrat*, in dem CDU und LDP viele Möglichkeiten, ihre Zustimmung zur sowjetischen Politik auszudrücken, erhalten haben; die zweitgenannte Körperschaft ist bei weitem noch nicht zu Ende gebaut. Sie hat weit größere Bedeutung erhalten, als im Jahre 1946 vorgesehen war. Sie ist die *Deutsche Wirtschaftskommission*, die im Laufe der Jahre alle möglichen Aufgaben übernommen hat. Sie enthält alle Keime einer Ostzonenregierung. Sie kann sofort als eine solche aktiviert werden. Sie arbeitet auf Grund von Befehlen und Erlassen des sowjetischen Oberkommandanten. Aber für das Mißtrauen der sowjetischen Politik ist es bezeichnend, daß mit Wissen der Sowjetbehörden die Deutsche Wirtschaftskommission auch Funktionen ausübt, zu denen sie durch kein Wort des Sowjetkommandanten ermächtigt ist. So bemüht sich die Wirtschaftskommission um den Abschluß zwischenstaatlicher Abkommen (namentlich von Handelsabkommen), ohne hiezu vom Oberkommandanten schriftlich autorisiert zu sein. Sie handelt mit mündlich gegebener Erlaubnis und kann, falls das eines Tages passen sollte, leicht desavouiert werden. Sie

enthält ein Ministerium des Innern, das über etliche zehntausend modern bewaffnete Polizisten verfügt und eine nach sowjetischem Muster aufgebaute Geheimpolizei sowie einen in Westdeutschland arbeitenden, angeblich guten Nachrichtendienst besitzt. Sie hat Handels- und Industriezentralverwaltungen, und sie hat die Zentralverwaltung für Statistik, welche für jedes Ding zwei Zahlen führt, die frisierten öffentlichen und die geheimen, die richtig sind und die nur sowjetischen Stellen, keiner einzigen deutschen Stelle, gegeben werden dürfen.

Weiter wurden damals bereits für die Wirtschaftspolitik der Sowjetzone die folgenden Grundsätze ausgearbeitet: 1. Vorwärtstreibung der Sozialisierung und der Bodenreform; 2. Bekämpfung des schwarzen Marktes nach Erzielung besserer Produktion gemäß sowjetischen Mustern aus der Zeit der sogenannten NEP; 3. bei allen Maßnahmen soll elastisch vorgegangen werden. Maßnahmen, die sich als allzu unpopulär erweisen sollten, können zurückgenommen werden. Diese Elastizität ist eine Erfindung Walter Ulbrichts.

Wie die Elastizität der Wirtschaftspolitik praktisch wirkt, sei an folgendem Beispiel dargetan: Der Sektor der Privatwirtschaft ist von Monat zu Monat kleiner geworden. Das Tempo war übrigens wesentlich langsamer, als man 1946 vorausgesetzt hatte. Ende 1948 beschwerten sich CDU und LDP in überaus vorsichtiger Form gelegentlich eines Empfanges beim Sowjetoberkommandanten, daß die Privatunternehmer von Wirtschaftskommission und Landesverwaltungen so schikaniert würden, daß sie nicht in der Lage seien, bei der Steigerung der ostzonalen Produktion wirksam mitzuhelfen. Hierauf erklärte die Wirtschaftskommission, daß diese Schikanen aufhören müßten. Das wurde den CDU- und LDP-Vertretern halböffentlich mitgeteilt; aber in gemeinsamer Sitzung der führenden Persönlichkeiten der SED und der Wirtschaftskommission sowie der Ministerpräsidenten der Sowjetzone, soweit sie SED-Mitglieder sind, wurde beschlossen, daß Rohstoffe ausschließlich der sozialisierten Industrie zur Verfügung gestellt werden dürfen. Das war die heimliche Wahrheit. Als sich nun die Industriellen wieder auf heimlichen Wegen und mit gebotener Vorsicht wahrten, wurden einzelnen Privatunternehmern Rohstoffe zur Verfügung gestellt, aber die Rohstoffe wurden nicht von der Wirtschaftskommission direkt den Industriellen gegeben, sondern die sozialisierte Industrie stellt sie der privaten zur Verfügung; die private Industrie hat sie für die sozialisierte zu verarbeiten, so daß der Hauptgewinn der letzteren zufällt. Dieser Trick ist für das Wirtschaftsleben der Sowjetzone charakteristisch. Er ist auch charakteristisch für die moralische Atmosphäre, die die SED geschaffen hat.

Die SED krankte von Anfang an am Mißtrauen aller gegen alle. Die Kom-

munisten mißtrauten den Sozialdemokraten und umgekehrt. Es begann ein Intrigenspiel aller gegen alle vom ersten Tage der Existenz der neuen Partei. Als die ersten Gemeindewahlen in der Sowjetzone zeigten, daß die SED bei weitem nicht so stark war, wie das angenommen worden war, begannen sich die Sozialdemokraten in der SED, aber auch die CDU und LDP, kühner zu gebärden und gaben damit den Russen die Möglichkeit, Reinigungen durchzuführen. Und sie taten das in allen Parteien, auch in der SED.

Das korrumpte die führende Schicht der SED, aber auch der andern Parteien vollends. «Nach uns die Sintflut», wurde zum Motto dieser Politiker. Die SED-Politiker wurden nach sowjetischer Tradition in eigenen, von allen andern Bürgern geräumten Straßenzügen untergebracht, in die der gewöhnliche Mensch nur mit Erlaubnisscheinen kommen kann. In Berlin wird das SED-Viertel, in dem Pieck und Ulbricht ihre Villen haben, von russischen Soldaten bewacht; in Halle, Schwerin, Dresden hat bereits die deutsche Polizei die Bewachung der SED-Politiker übernommen. Um jede Gunst, die die Besetzungsmacht erweisen kann, um jedes Stück Stoff, um jedes Delikatessenpaket, um jede Einnahmequelle werden erbitterte Kämpfe ausgeführt.

Seitdem im Rahmen der Wirtschaftskommission die Zentralverwaltung des Innern mit ihrer uniformierten und geheimen Polizei aufgebaut worden ist, ist die Geheimbewachung aller führenden SED-Leute systematisch durchgeführt worden. Die Geheimpolizei hat in der ganzen Zone, in jedem Betrieb und in jedem Amt, aber auch in Berlin im Zentralsekretariat der SED und in allen Redaktionen der Parteipresse, kurz überall, ihre Geheimagenten. Von deren Berichten hängt Wohl und Wehe, Bewegungsfreiheit, ja Leben der führenden Funktionäre dieser Partei ab, die sich fortschrittlich und freiheitlich nennt. Zum 1. Mai 1949 ist die gesamte Chefredaktion des Zentralorgans der SED entlassen worden. Eine wirkliche Begründung wurde niemandem gegeben, denn da alle SED-Zeitungen schlecht sind, kann die Begründung, «Das neue Deutschland» sei eine schlechte Zeitung und müsse deshalb eine neue Redaktion erhalten, gewiß nicht ausreichend. In Wirklichkeit wurde die Chefredaktion auf Grund von Spitzelberichten ausgewechselt. Die Zentralverwaltung des Innern dringt kategorisch darauf, daß alle SED-Funktionäre Berlins im sowjetischen Sektor wohnen. Sie hat ihr Verlangen dem Parteivorstand der SED gegenüber auch offen damit begründet, daß die Überwachung der Funktionäre in den westlichen Sektoren allzu schwierig sei und den Bewachten es allzu leicht falle, mit Nicht-SED-Leuten oder Angehörigen der westlichen Besetzungsmächte, fremden Journalisten usw. zu verkehren.

Als Ende 1948 das Mitglied des Parteivorstandes, der ehemalige Sozialdemokrat Gniffke, nach Westdeutschland durchging, begann die Zentralver-

waltung des Innern im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand der SED eine scharfe geheime Überprüfung aller ehemaligen Sozialdemokraten in Funktionärpositionen. Gniffke selbst, behauptete wenigstens die Zentralverwaltung des Innern in ihrem Bericht an den Zentralvorstand, habe große Summen nach dem Westen verschoben, und zwar so, daß er in Leipzig einen kleinen Verlag angekauft und zu diesem Zwecke ausgenützt habe. Er habe auch im Dienste westlicher Besetzungsmächte gestanden. Auf Grund dieses von der Zentralverwaltung des Innern vorgelegten Materials wollten die Sowjetbehörden in Leipzig gegen Gniffke *in contumaciam*, aber auch gegen etliche «Mitschuldige», deren man habhaft geworden war, einen großen Schauprozeß arrangieren. Die Zentralverwaltung des Innern riet den Sowjetbehörden ab, und der Prozeß, von dem bereits in der Leipziger Presse die Rede gewesen war, fand nicht statt, denn das angeblich so belastende Material gegen Gniffke hätte nicht einmal im Herzen der Sowjetzone, in Leipzig, zu einer Verurteilung ausgereicht.

Die Steigerung der Tätigkeit der Geheimpolizei hat automatisch die Korruption, die Intrigen, die Zahl der Angebereien gesteigert. Wer von den kleineren SED-Politikern Zutritt zu den Russen hat, benützt die Gelegenheit, seine Kollegen dort anzuschwärzen; manchmal hat er Erfolg. In dieser Atmosphäre wird die Politik gemacht, von der ihre Träger behaupten, sie werde das deutsche Volk und nicht nur die Einwohner der Sowjetzone zu wahrer Demokratie und zu wirklichem Wohlstand führen.

In Wahrheit hat die SED-Politik vollkommenen Schiffbruch erlitten. Wenn in der Sowjetzone von der Kapitulation bis heute doch eine gewisse Aufbauarbeit geleistet worden ist, so gebührt das Verdienst an dieser relativen Leistung den Russen. Diese sind bei allen ihren den Deutschen so fremden sowjetischen und nationalen Eigenschaften weniger stur, weniger borniert, beweglicher, elastischer und ideologisch freier als die SED-Politiker. Die Leipziger Messe ist von den Russen in Gang gebracht worden, und geholfen haben ihnen dabei kleine SED-Leute und Messefachleute. Der erste sächsische Ministerpräsident Friedrich hatte sich ehrlich bemüht, er ist von den Deutschen im Stich gelassen worden und wandte sich an die Russen um Hilfe. Erst als es sich zeigte, daß die Möglichkeiten eines Gelingens der ersten Nachkriegsmesse gegeben seien, meldeten sich alle möglichen Funktionäre, um ihren Anteil am Erfolg einzuheimsen.

Auch auf andern Gebieten haben sich die Russen den SED-Leuten überlegen gezeigt. Es sind die mittleren russischen Funktionäre gewesen, die eifriger als Deutsche alles getan haben, um das deutsche geistige Leben in der Sowjetzone wieder in Gang zu bringen. Der russisch-jüdische Oberst Alexan-

der Dymshytz, dessen ganze Familie von den Deutschen in Minsk ausgerottet worden war, hat das deutsche Theater in der Sowjetzone in Gang gebracht, hat sich um Papier für Verleger und nicht parteimäßig gebundene Zeitschriften bemüht, hat Ausstellungen veranstaltet und Konzerte zustandegebracht; gleichzeitig sind die deutschen Stellen, wie das Sekretariat des Kulturbundes, vor jeder kulturellen Sache erschrocken, die nicht hundertprozentig dem SED-Schema entsprochen hat.

Während die Russen, sicherlich auf ihr sowjetisches Schema achtend, doch eine gewisse Liberalität in geistigen Dingen gelten lassen, ist die SED hierzu keineswegs bereit. Durch ihre Kulturkommission ist sie imstande, jedes ihr nicht passende Ding abzuwürgen. Ihr Kulturreferent ist ein Herr Anton Ackermann, der, obwohl er nicht fehlerfrei schreiben kann, heute der oberste Diktator in allen geistigen Angelegenheiten der Sowjetzone ist. Einmal im Monat lädt er zusammen mit Otto Grotewohl, dem sozialdemokratischen Partner Wilhelm Piecks, die Kulturschaffenden zu sich und liest ihnen da die Leviten. Die Sache ist nicht grotesker als die Aktionen der SED auf andern Gebieten.

Wer Gelegenheit hat, die Sowjetzone zu bereisen, und zwar nicht nur, wenn es zur Eröffnung der Leipziger Messe geht, und wer die Möglichkeit hat, mit Einwohnern der Sowjetzone zu sprechen, muß zu dem Schluß kommen, daß in der Sowjetzone eine furchtbare Gefahr heranwächst. Nicht etwa die Gefahr des Bolschewismus. Nicht zu Unrecht hat man die russische Armee und die russische Verwaltung als den «Verein zur Abwehr des Bolschewismus» bezeichnet. Noch besser trifft diese Charakteristik auf die SED zu. Seit April 1946 hat sie maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse in der Sowjetzone. Sie hat dort vor allem zwei Dinge geschaffen: die materielle und moralische Korruption, die schlimmer ist als im volksdemokratischen Rumänien, und zweitens den absoluten Nihilismus. Nach den geheimen Zahlen der Zentralverwaltung für Statistik in der Sowjetzone sind vom 1. Dezember 1948 bis zum 1. April 1949 mehr als 700 000 Menschen aus der Sowjetzone verschwunden, das heißt nach dem Westen ohne Bewilligung der Behörden übergiesiedelt. Mehr als 700 000 Menschen haben eine unsichere Zukunft der Not dem Leben in der Sowjetzone vorgezogen. Unter diesen Menschen stehen dem Beruf nach die manuellen Arbeiter an erster Stelle. Das zweite Ding, das die SED in der Sowjetzone geschaffen hat, ist der absolute Nihilismus. Diese Bevölkerung glaubt an nichts mehr und nimmt nichts mehr ernst \*. Sie wird jedem gehören, der die primitivsten Güter des Lebens bietet.

---

\* In dieser Beziehung hat doch wohl die Zeit Hitlers einige Vorarbeit geleistet. Red.

Sie ist bereit, heute dem und morgen jenem zu gehören. Sie wird für keine positive Überzeugung irgend etwas riskieren. Wenn eines Tages die Besetzung zu Ende sein wird, wird in der Bevölkerung der Sowjetzone ein einziges Gefühl frei werden, das Gefühl des furchtbaren Hasses gegen die SED, das noch stärker sein wird als die Abneigung gegen die Russen. Dieser Haß wird nicht ausgewogen sein von einer Hinneigung zur Demokratie, er wird absolut negativ und zerstörerisch sein, ein Haß des Nihilismus, der ganz Deutschland und ganz Europa gefährden wird. Jede andere Meinung, die die Dinge leichter nimmt, ist gefährlich, denn sie erzeugt Illusionen.

## *Der Wohlfahrtsstaat — das Ideal der englischen Konservativen!*

Es ist vielleicht nicht unnütz, einmal darauf hinzuweisen, daß die Werbekraft der von sozialistischen Regimen verwirklichten sozialen Reformen bei allen Schichten der Bevölkerung eine so starke ist, daß die Agitation der bürgerlich-kapitalistischen Parteien ihr weitgehend Rechnung tragen muß. Die britischen Konservativen waren wohl der Prototyp der bürgerlichen Partei, die in dem berühmten «freien Spiel der Kräfte» die Zauberformel zur Lösung aller Schwierigkeiten der Gegenwart sieht, und wie sie sich räusperten und wie sie spuckten, das hatten ihnen die gleichgesinnten Parteien auf dem Kontinent immer getreulich abgeguckt. Aber das war einmal! In dem kürzlich veröffentlichten Wahlprogramm für 1950 «Der richtige Weg für Britannien» vermeiden es die Konservativen ängstlich, der sozialistischen Parole vom Wohlfahrtsstaat eine andere, ihnen besser scheinende Alternative entgegenzusetzen, ja sie machen sich diese Idee sogar zu eigen und versprechen feierlich, falls die Wähler ihnen wieder in den Sattel verhelfen sollten, nichts von dem, was die Arbeiterregierung für die arbeitenden Menschen geschaffen hat, abzubauen, sondern es im Gegenteil noch zu verbessern. Man muß das schon wörtlich genießen:

«Die sozialen Einrichtungen sind auch nicht mehr der Theorie nach eine Form der Armenfürsorge. Sie stellen ein kooperatives System der gegenseitigen Hilfe und der Selbsthilfe dar, zu der die ganze Nation beiträgt und das dazu bestimmt ist, allen das notwendige Minimum an Sicherheit, Behausung, Gelegenheit, Beschäftigung und Lebensstandard zu bieten, unter das irgend jemanden fallen zu lassen uns unsere Pflicht dem Nebenmenschen gegenüber verbietet...

Die sozialistische Regierung hat im Wesen nur das von der (konservativ-sozialistischen) Koalition der Kriegsjahre begonnene Werk vollendet. In manchen Fällen hatte sie nur schon ausgearbeitete Gesetzesentwürfe dem Parlament vorzulegen.

Trotz dem Geiste des Klassenkampfes, durch den besonders der Gesundheitsminister (Bevan) versucht hat, die nationale Einigkeit zu zerstören, hat die Konservative Partei die neuen Maßnahmen begrüßt, zu deren Schaffung sie soviel beigetragen hat. Wir betrachten sie hauptsächlich als unsere Leistung. Wir werden uns getreulich bemühen, den Umfang, das Ausmaß und die Sätze der Leistungen zu erhalten.